

der Ära des Neoabsolutismus enthielt er sich jeder öff. polit. Tätigkeit. 1859 wieder im Gemeinderat, war er an der Ausarbeitung des neuen Gemeindestatuts führend beteiligt. Auch als Mitgl. des steiermärk. Landtags beschäftigte er sich intensiv mit Fragen der Gemeindeverfassung. Ab 1859 Hof- und Gerichtsadvokat in Graz. 1861–85 Landtags- und Reichsratsabg. (Führer der Autonomistenpartei), 1873–79 Präs. des ersten aus direkten Wahlen hervorgegangenen Abg.Hauses. R. verfolgte entschieden eine bürgerlich-liberale Politik auf der Basis nationalen Selbstbewußtseins. 1868 Obmann der fusionierten Klubs der Liberalen und der Linken, 1881 Mitbegründer der aus dem dt. Fortschrittsklub und dem Klub der Linken gebildeten Vereinigten Linken. Polit. verfocht R. die engste Zusammengehörigkeit des von ihm begrüßten Ausgleichs mit Ungarn mit den Dezembergesetzen von 1867. Er trat für eine freisinnige Regelung der Nationalitätenfrage unter Sicherung der Eigenart jeden Volks und bei gleichzeitiger Wahrung des hist. begründeten Vorrangs des dt. Elements ein, strebte eine Umstrukturierung des Reichsrats an und befürwortete eine vernünftige Dezentralisierung. Er wandte sich energ. gegen das Konkordat und gegen kirchliche Eingriffe in den staatlichen Bereich. Zur radikalen Kürzung der Militärausgaben schlug er die Einführung des Milizsystems vor. R. war Dir. der Steiermärk. Sparkasse und – mus. begabt – im Ausschuß des Musikver. für Stmk. und des Grazer Männergesangver.; 1867 Ehrenbürger von Graz, 1878 w. Geh. Rat.

L.: *Tagespost (Graz) vom 5., Wr. Ztg. und Tagespost (Graz) vom 5. 1. 1889 (beide Abendausg.); Jurist. Bl. 18, 1889, S. 19; Allg. Juristen-Ztg. 12, 1889, S. 58; ADB 53; Hahn, 1873; Kosch, Kath. Deutschland; Kosch, Staats-hdb.; Wurzbach; Das Parlament 1879–81, hrsg. von A. Eckstein, 1879; G. Kolmer, Parlament und Verfassung in Oesterr. 1–3, 1902–05, s. Reg.; F. Kübl, Advokaten in Politik, Wiss. und Literatur, 1934, S. 60; Quellen zur dt. Politik Österr. 1859–66, hrsg. von H. v. Srbik, 1, 3 (= Dt. Geschichtsquellen des 19. Jh. 29, 31), 1934–36, s. Reg.; H. v. Srbik, Dt. Einheit 3–4, (1942), s. Reg.; L. Pettin, K. R., Abg. und Präs. des österr. Reichsrates 1861–85, phil. Diss. Graz, 1944; D. Harrington-Müller, Der Fortschrittsklub im Abg.Haus des österr. Reichsrats 1873–1910 (= Stud. zur Geschichte der österr.-ung. Monarchie 11), 1972, s. Reg. (H. J. Mezler-Andelberg)*

Rechberg und Rothenlöwen Johann Bernhard Graf von, Diplomat und Politiker. * Regensburg, Bayern (BRD), 17. 7. 1806; † Schwwechat (NÖ), 26. 2. 1899. Aus alter schwäb. Familie; trat in österr. Dienste und war ab 1829 unbesoldeter Gesandtschaftsattaché in Berlin, 1830 unbesoldeter Legationssekretär an der Botschaft in London,

1833 Geschäftsträger in Darmstadt, 1837–1839 in Brüssel, ab 1841 Legationsrat bei der Gesandtschaft in Stockholm, ab 1843 ao. Gesandter und bevollmächtigter Minister in Rio de Janeiro. 1847 kehrte R. nach Europa zurück, 1848 begleitete er Metternich (s. d.) auf dessen Flucht bis nach Den Haag und stand weiterhin in ständigem Kontakt mit dem Fürsten, dessen Ideen auch für seine weitere Laufbahn bestimmend blieben. 1849 wurde R. zum Bevollmächtigten der für Deutschland bestehenden provisor. Staatsgewalt in Frankfurt a. M. ernannt. 1850 Bundeszivilkoar. für Kurhessen. 1851 wurde er Internuntius in Konstantinopel, trat diesen Posten jedoch nicht an. 1853 Ziviladlatius Radetzky (s. d.) und Chef der Zivilabt. des lombardo-venetian. Gen.Gouvernements. 1855 Bundespräsidialgesandter in Frankfurt, unterzog er sich erfolgreich der Aufgabe, die dt. Mittelstaaten, die sich im Krimkrieg Preußen angeschlossen hatten, wieder auf die Seite Österr. zu ziehen. 1859 Minister des k. Hauses und des Äußern sowie Vorsitzender der Ministerkonferenz. 1859 Ministerpräs. R. vertrat die Auffassung, eine aktive Außenpolitik sei erst nach Konsolidierung der inneren Verhältnisse möglich. Nach dem Scheitern der durch das Oktoberdiplom verheißenen Reformen wurde 1860 Schmerling zum Staatsminister ernannt, 1861 Erzh. Rainer (s. d.) mit der Leitung der Geschäfte und mit dem Präsidium des Ministerrates betraut. Die tiefgreifenden Gegensätze zwischen R. und Schmerling traten bald mit aller Deutlichkeit hervor. R., der die Zusammenarbeit mit Berlin suchen wollte, erfuhr erst im Stadium der Planung von der Einberufung des Frankfurter Fürstentages. Auch in der schleswig-holstein. Frage konnte er sich Bismarck gegenüber nicht durchsetzen. Anlässlich der Verh. zur Erneuerung des Handelsvertrages zwischen Österr. und dem Zollver. gelang es Schmerling, die Mehrheit des Ministerrates für den Abbruch der Verh. zu gewinnen. Daraufhin trat R. 1864 zurück. Er wurde auch als Nachfolger Andrässys d. Ä. (s. d.) bzw. H. Frh. v. Haymerles (s. d.) in Erwägung gezogen, lehnte eine Berufung jedoch ab. R. erkannte wohl die der Monarchie auf außenpolit. Gebiet drohenden Gefahren, besaß jedoch nicht die Energie, seine Vorstellungen gegen die Opposition seiner Ministerkollegen und gegen Bismarcks Zielstrebigkeit durchzusetzen. R. wurde vielfach geehrt und ausgezeichnet, u. a. Großkreuz des St. Stephan-Or-